

Der Russenpartei war es einerlei

Sowjetische Interessenpolitik in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis 1954

„Es ist davon auszugehen, dass wir hier nicht ewige Gäste sind, wir werden nicht ständig in Deutschland leben, deshalb darf man hier nicht mit unendlich viel Zeit rechnen. ... Die Demontagen darf man nicht einstellen. Wir können das Demontierte in entsprechende Lager schaffen, können es ordnungsgemäß unterbringen, und dann können wir es zu seiner Zeit, im rechten Moment von hier wegbringen.“ So sprach Marschall Schukow, oberster Chef der sowjetischen Militärregierung in der SBZ und Oberbefehlshaber der dort stationierten sowjetischen Truppen am 16. August 1945 vor Führungspersonal der Militärregierung.

Die Sowjets waren nicht „ewige Gäste“, aber sie blieben immerhin bis 1994. Seit 1945 sorgten sie mit ihrer Politik dafür, dass Deutschland geteilt wurde und aus ihrer Zone ein Staat entstand, der – wie der Herausgeber Jan Foitzik richtig bemerkt – „als Experiment und als politische und soziologische Fehlkonstruktion von Anfang an den Keim des Untergangs in sich“ trug. Warum das so war, versteht man nach Lektüre dieses Buches, das eigentlich aus zwei Büchern besteht, einer 150 Seiten langen Einleitung und 400 Seiten Dokumente. In der Einleitung geht es um die sowjetische Besatzungspolitik in der SBZ/DDR bis 1953. Dies ist eine eigenständige Arbeit, nur an wenigen Stellen wird Bezug auf die nachfolgende Aktenedition genommen. Ausführlich wird hier vor allem der Weg von der Besatzungs- zur Parteidiktatur aufgezeigt.

Schukow hatte am 16. August 1945 auch gesagt: „Wen wir unterstützen müssen, das ist die Kommunistische Partei Deutschlands. Wir müssen ihr die Möglichkeit geben, dass sie in den Augen der deutschen Bevölkerung zulegt, als wichtigste bewegende Kraft des deutschen Volkes.“ Die KPD wurde nicht die „wichtigste bewegende Kraft“. Im Gegenteil:

Sie wurde zur „Russenpartei“. Da half auch die Zwangsfusion mit der SPD zur SED nicht, weil, so Otto Grotewohl 1948, die SED sich „eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten zu orientieren hat“. Das von Anfang an bestehende Legitimationsdefizit der SBZ/DDR konnte so nicht abgebaut werden. Anfang 1951 beschrieb ein Mitarbeiter des Sekretariats des Zentralkomitees der SED die Stimmungslage so: „Die Lage in der SED ist heute so, dass, wenn die Russen heute beschließen würden, Deutschland zu verlassen, so würde ich dafür sorgen, dass ich mit ihnen gehe.“

Zu den „großen“ Themen der Deutschlandpolitik wie Zwangsfusion von KPD und SPD, Marshallplan, Berlin-Blockade, diverse Außenministerkonferenzen erfahren wir nichts. 20 Seiten widmet Foitzik der Stalin-Note von 1952, zu der er nichts Neues beibringt. Immerhin stellt er richtig fest, dass die Note kein „großer Bluff“ war, wie der Buchtitel des Grazer Historikers Peter Augenthaler wohl suggerieren sollte. Interessant sind in dem Zusammenhang einige Hinweise über die Lage in der DDR 1952: Der Lebensstandard sank unter das Niveau des Jahres 1947, dem schlimmsten Hungerjahr der Nachkriegszeit; in den Jahren 1950 bis 1953 wurden allein aus der DDR in Moskau etwa 1000 Menschen hingerichtet.

Reparationen und Demontagen waren ein zentrales Thema sowjetischer Besatzungspolitik. Am Anfang machte man es so, wie Schukow gesagt hatte, mit fatalen Folgen. Der am Deutschen Historischen Institut in Moskau tätige Matthias Uhl hat das am Beispiel der Zeiss-Werke Jena gezeigt: 12 740 Maschinen wurden abgebaut und in 7232 Waggons in die Sowjetunion transportiert, wo die dortigen Optikbetriebe nicht einmal in der Lage waren, das Material fachgerecht zu lagern, geschweige denn zu nutzen. Mit dieser

Einsicht gingen die Sowjets schon bald einen anderen Weg in ihrer Zone: Sie überführten die wichtigsten Betriebe in sogenannte Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG). Damit wurde die SBZ/DDR ausgebeutet, während der Nutzen für die Sowjetunion zweifelhaft blieb. Eindeutig von Nutzen war dagegen die Wismut SAG: Bis 1953 wurden dort 9054 Tonnen Uran gefördert. Das machte mehr als die Hälfte des in der Sowjetunion zur Verfügung stehenden Urans aus und reichte für mehr als 100 Bomben des Hiroshima-Typs. In einem Exkurs behandelt Foitzik dieses Thema – ergänzt um Dokumente. Es sind insgesamt 141, in denen es mehrheitlich um die unmittelbare Besatzungszeit geht, zumeist um Anweisungen der Sowjetischen Militäradministration.

Der Herausgeber weist zu Beginn des Bandes auf die „methodologische Misere“ hin, mit der ein Historiker in Moskauer Archiven konfrontiert wird: Wichtige Bestände sind nach wie vor gesperrt (Verteidigungsministerium, Archiv des Präsidenten), eine Aktenführung nach westlichen Vorstellungen gab es nicht, mit den Worten des russischen Diplomaten Valentin Falin: Regeln „existierten nicht. Ein Chaos sondergleichen“. Was nicht verwundert, gab es doch, wie Foitzik konstatiert, „weder auf sowjetischer noch ostdeutscher Seite eine Dienststelle, die systematisch alle Aspekte der sowjetischen Deutschlandpolitik dokumentierte“. Viele Bilanzen bleiben undurchschaubar, es gab zu jedem Bereich Unmengen an „Luftbuchungen“. Kompetenzwirrwarr blieb da nicht aus. Unter diesen Umständen muss man froh darüber sein, was auch immer man in einem Moskauer Archiv bekommt. Daher ist auch dieser Band zu begrüßen. ROLF STEININGER

Jan Foitzik (Herausgeber): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente. Oldenbourg Verlag, München 2012. 629 S., 74,80 €.